



Weichenstellung Europawahl



BERND POSSELT, MdB

Auch bei dieser Europawahl besteht wieder die Gefahr, dass sie vor allem als Test- und Protestwahl mißverstanden wird; doch am 7. Juni 2009 geht es in Wirklichkeit um tiefgreifende Weichenstellungen.

Das Europäische Parlament hat sich in der hinter uns liegenden sechsten Legislaturperiode endgültig als von allen respektierter Gesetzgeber etabliert. 60 Prozent aller Gesetze, die im Guten wie im Schlechten in das Leben jedes einzelnen Bürgers eingreifen, sind bereits europäischen Ursprungs. 60 Prozent davon wiederum unterliegen dem Mitentscheidungsverfahren, in dem die Straßburger Volksvertretung gleichberechtigt mit dem Ministerrat handelt und schließlich das letzte Wort hat. Mit dem EU-Reformvertrag wird dieses Mitentscheidungsverfahren gar auf 90 Prozent der EU-Legislation ausgedehnt. Das heißt im Klartext: Die nächstes Jahr zu wählende europäische Volksvertretung wird mehr innenpolitische Entscheidungen treffen als Bundestag und Landtag zusammen.

Die Zeiten, in denen man sagen konnte, eine große Wahlbeteiligung stärkt die EU, eine geringere oder auch ein Votum für Protestgrup-

pen schwächt sie - was der eine womöglich anstrebt und der andere verhindern möchte - sind längst vorbei. Die europäische Ebene ist eine politische Entscheidungsebene wie jede andere auch. So wie bei der Landtagswahl nicht über die Existenz des Landes abgestimmt wird und in der Bundestagswahl nicht über den Bund, so entscheiden Europawahlen nicht über das Fortbestehen der EU, sondern darüber, welche Richtung diese nimmt.

Dies gilt nicht nur für Sach-, sondern auch für Personalentscheidungen. Der Kommissionspräsident - also der Chef der europäischen Exekutive - wird nach dem Ergebnis der Europawahl aus der stärksten Parteienfamilie von den Staats- und Regierungschefs vorgeschlagen. Nicht nur er, sondern alle seine Kommissare beziehungsweise die Kommission als Kollegium müssen darüber hinaus eine Mehrheit im Europäischen Parlament finden. Wie knapp es dabei zugehen kann, zeigte sich zu Beginn dieser Legislaturperiode in der Auseinandersetzung um den italienischen Kommissionskandidaten, den christlichen Paneuropäer Rocco Buttiglione. Er wurde im zuständigen Innenausschuß auf Initiative eines linksliberalen FDP-Abgeordneten namens Alvaro mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Dies sollte gerade christliche Kreise davon abhalten, sich resignativ zurückzuziehen. Entscheidungen in Wertfragen und damit zusammenhängende Personalien werden in Straßburg und Brüssel stets knapp entschieden. Deshalb zählt jede Stimme in der inhaltlichen Auseinandersetzung um die Ausrichtung Europas.

Eines der wichtigsten Themen der Periode 2009 bis 2014 dürfte der Fortgang des Erweiterungsprozesses und der EU-Nachbarschaftspolitik sein. Das mitteleuropäische und bestens vorbereitete Kroatien mit seinen viereinhalb Millionen Einwohnern muß trotz heftiger Sabotageversuche einiger nordeuropäischer Länder und ganzer Seilschaften von sozialistischen Aparatschiki noch in diesem Jahrzehnt seine Chance zum Beitritt erhal-

ten. Das nächste Jahrzehnt wird dann ganz im Zeichen der Festigung und schrittweisen Integration der südosteuropäischen Länder zwischen Kroatien und Griechenland stehen.

Diesen komplizierten Prozess mit dem illusionistischen Projekt einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei zu belasten, ist schlichtweg verantwortungslos. Die Türkei ist nicht Großeuropa, sondern Kleinasien. Ein Beitritt würde die EU überdehnen und die Türkei überfordern.

Als ich vor Jahren gegen den von der Regierung Schröder-Fischer erkämpften EU-Kandidatenstatus des Landes protestierte, sprach mich am Rande des Straßburger Plenums Kommissar Verheugen an. Er hatte sich öffentlich glühend für diesen Schritt ausgesprochen; nun sagte er beruhigend zu mir, wahrscheinlich werde es ja ohnehin niemals zu einem türkischen EU-Beitritt kommen.

Diese Doppelbödigkeit ist angesichts der strategischen Bedeutung unserer türkischen Nachbarn und Partner mehr als gefährlich. Gerade weil dieses Land unterstützt, stabilisiert und in einer vernünftigen Form integriert werden muß, wäre es höchste Zeit, den Irrweg einer türkischen EU-Mitgliedschaft zu verlassen und einen maßgeschneiderten Spezialstatus zwischen einer unabhängigen EU und einer ebenso unabhängigen Türkei, die ihrem historischen Auftrag als Ordnungsmacht in Zentralasien nachkommt, zu vereinbaren. Ein erster Erfolg in diese Richtung war die Straßburger Türkei-Entscheidung des Europaparlamentes in diesem Jahr, die die aktuellen Verhandlungen als langen Prozess mit offenem Ausgang definierte. Ob auch künftig diese Richtung eingeschlagen werden kann, hängt vom Ausgang der kommenden Europawahlen ab.

Zu den erfreulichen Fortschritten der letzten Monate gehörte, daß EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner endlich meinen Vorschlag aufgriff, die EU-Nachbarschaftspolitik in eine mediterrane und eine osteuropäische >>

>> Dimension aufzuteilen. Bisher hatte die Ukraine in den Augen von Rat und Kommission denselben Status wie Algerien oder Marokko. Nun gibt es die von Präsident Nicolas Sarkozy initiierte Mittelmeer-Union für die nichteuropäischen Anrainer des einstigen mare nostrum, von der Sarkozy-Biograph Jean-Paul Picaper schreibt, sie gehe auf Gedankengut und Initiative der Paneuropa-Bewegung zurück.

Im Osten sollen künftig die Ukraine, ein hoffentlich bald entstehendes demokratisches Weißrußland, Moldawien sowie die drei südkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbaidschan eine Heranführungs-Unterstützung an die EU erhalten, ohne Kandidatenstatus zu besitzen oder diesen in Aussicht gestellt zu bekommen.

Nicht schrankenlose Erweiterung, sondern eine Konsolidierung der EU als außen- und sicherheitspolitische Gemeinschaft ist das Gebot der Stunde. Auch größere EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien sind nämlich im Weltmaßstab nur noch Kleinstaaten, die lediglich als Gemeinschaft in derselben Liga spielen können wie die USA, Indien, Rußland oder China. Spätestens die jüngsten von Rußland provozierten Großkonflikte, die Georgienkrise im Sommer und die Energieerpressungen in den letzten beiden Wintern, sollten deutlich machen, daß sich Europa seine althergebrachten, schwerfälligen Strukturen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr leisten kann.

Deshalb ist es ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, weitere Souveränitätsübertragungen

insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik seien nicht nötig. Im Gegenteil: Die vermeintliche außenpolitische Souveränität unserer Nationalstaaten ist längst nur noch Schein, denn ihr fehlt die tatsächliche Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit. So sehr es richtig wäre, eine Reihe von innenpolitischen Kompetenzen der EU zurück an Staaten oder Regionen zu delegieren, so dringend wäre es geboten, endlich eine echte übernationale Außenpolitik und Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen. Schikanöse und inhaltlich äußerst zweifelhafte Anti-Diskriminierungsrichtlinien schaden dem Europäischen Gedanken, eine starke und friedliche Weltmacht Europa ist im Interesse aller. Der Lissabonner Vertrag tut in der Außen- und Sicherheitspolitik einige wichtige Schritte in die richtige Richtung, etwa durch Schaffung eines Europäischen Außenministeriums - auch wenn dies noch nicht so heißen darf - und durch Klauseln zur Bildung möglicher militärischer Strukturen, wie sie Kohl und Mitterrand bereits durch Gründung des Eurokorps in Straßburg angestoßen hatten.

Doch wirklich gleichberechtigt mit anderen großen Mächten wird Europa erst dann sein, wenn es über ein parlamentarisch kontrolliertes Europäisches Außenministerium, über eine vorbeugende europäische Konfliktverhütung und Sicherheitsstrategie sowie über eine Europäische Armee verfügt, die die nationalen Heimschutz-Armeen bei Friedenseinsätzen auf anderen Kontinenten ergänzt oder ersetzt.

Europa zu stärken ist nicht nur ein wichtiges Gebot für unsere Außen- und Sicherheitspo-

litik, sondern auch beim Welthandel und der Neuordnung der internationalen Finanzstrukturen, bei der Umwelt- und Klimapolitik, bei der Bekämpfung von Terrorismus und Instabilität sowie auf den Gebieten Forschung und Entwicklung.

„EU“ darf nicht bedeuten, daß Europa zu einer Unterabteilung der schrankenlosen Globalisierung wird. Ein Europa, das schützt und nützt, wie es Wolfgang Schüssel formulierte, oder „l'Europe qui protège“, das Nicolas Sarkozy vorantreiben will, haben nichts mit Protektionismus zu tun, sondern mit der notwendigen Sicherheitsfunktion eines geeinten Europa dort, wo der Nationalstaat diese angesichts der weltweiten Herausforderungen nicht mehr wahrnehmen kann. Die Soziale Marktwirtschaft und das europäische Lebensmodell, der demokratische Rechtsstaat und seine christlichen Fundamente, der Ausgleich zwischen den Generationen und ökologische Nachhaltigkeit sind gefährdete europäische Errungenschaften, die in ein neues Zeitalter hinüberzureiten nur gelingen kann, wenn die Europäische Union den richtigen Kurs einschlägt - als freier Markt, als starke wirtschaftliche und politische Gemeinschaft und als zivilisatorischer Anker in einer Welt, die vielfach aus den Fugen zu geraten droht.



BERND POSSELT, MDEP

Außenpolitischer Sprecher der CSU im Europäischen Parlament und Präsident der Paneuropa-Union Deutschland e.V.

Editorial

Wie könnte es anders sein? Auch wir im Wirtschaftsbeirat bekommen die sich ausbreitende Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren. Denn auch unsere Mitglieder und Freunde sind davon betroffen, dass Einzelmärkte buchstäblich wegbrechen, dass die Nachfrage der Konsumenten und Investoren zunehmend lahm und die Stimmung in der Wirtschaft sich nachhaltig verschlechtert hat. Wir spüren das gestiegene Interesse an allen Themen, die mit den verschiedenen Krisenherden, ihren Folgewirkungen und Ansatzpunkten für eine Bewältigung in Zusammenhang stehen. Wir erleben die akuten Sorgen um Mitarbeiter, Arbeitsplätze, Märkte, Projekte und die eigene Zukunft, - bis hin zu der bedauerlichen Erfahrung, dass Mitglieder sich entschließen,

unter dem Druck wachsender Wirtschaftsprobleme und im Zuge einer allgemeinen Kostenbereinigung den Wirtschaftsbeirat zu verlassen. Eine solche Reaktion übersieht freilich - von Ausnahmen abgesehen - dass es gerade in Krisenzeiten auf enge Kontakte zwischen Wirtschaft und Politik ankommt. Jetzt ist die Stunde, um die vielfältigen Maßnahmen der staatlichen Nothilfe, ihre Chancen, aber auch ihre ordnungspolitischen Grenzen, auszuloten und die jeweiligen Positionen und Erfahrungen auszutauschen. Jetzt kommt es für die Politik besonders auf zeitnahe Informationen aus der Praxis an, wie sich etwa die Abwrackprämie auf die betroffene Branche auswirkt, in welchen Bereichen der Wirtschaft wirklich eine Kreditklemme besteht und wo gerade mittelständische Unternehmen nicht die Unterstützung ihrer Hausbanken erhalten, auf die sie angewiesen sind. Jetzt müssen

alle Register gezogen werden, um in enger Abstimmung zwischen Politik und Wirtschaft auch über neue Wege zur Krisenbewältigung nachzudenken, etwa über einen „Kreditpakt Bayern“, der eine ausreichende Kreditversorgung investierender Unternehmen in Bayern sicherstellen oder zumindest erleichtern sollte. Gerade auch in der Krise trägt die Wirtschaft eine große Mitverantwortung dafür, dass die politischen Weichen im Sinne einer übergreifenden Sozialen Marktwirtschaft richtig gestellt werden - in Bayern und Deutschland ebenso wie in Europa, wo entscheidende Wahlen bevorstehen. Wir alle sind aufgerufen, uns gerade jetzt für eine Stabilisierung und Weiterentwicklung unseres Gemeinwezens einzusetzen.

Ihr ANDREAS MÜLLER-ARMACK
Generalsekretär

Mediadaten für Ihre Anzeige(n) unter: www.wbu.de > Rubrik Mitglieder

EU-Energiepolitik: zuverlässige und einheitliche Rahmenbedingungen unverzichtbar!



PROF. RAINER FRANK ELSÄSSER

Energiepolitik ist in der Europäischen Union in den letzten Jahren zu einem der zentralen Themenfelder geworden und erfährt dementsprechend eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit. Alleine in der jetzigen Legislaturperiode wurden u.a. mit dem 3. Richtlinienpaket zum Binnenmarkt, dem Grünen Paket, der 2. Überprüfung der Energiestrategien und der Einrichtung des Europäischen Forums für Nuklearenergie wichtige Weichenstellungen für die künftige europäische Energiepolitik vorgenommen.

In der bevorstehenden Legislaturperiode sollte die Konsolidierung der eingeleiteten Maßnahmen im Vordergrund stehen, damit einerseits die noch immer festzustellende Fragmentierung in zahlreiche, national unterschiedliche Energiepolitiken und Regulierungsrahmen überwunden werden. Denn nur so können sich die energiewirtschaftlich dringend benötigten Kräfte des Binnenmarktes entfalten. Zum anderen müssen das Zusammenwachsen der Märkte und die Harmonisierung der Energiepolitiken beschleunigt werden, damit die Synergievorteile eines abgestimmten Vorgehens genutzt werden. Die angestrebten Ziele des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit müssen angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu möglichst effizienten und damit kostengünstigen Bedingungen erreicht werden. Dem sich bereits abzeichnenden Zielkonflikt zwischen Umwelt und Beschäftigung muss soweit wie irgend möglich entgegengewirkt werden.

Da die Investitionszyklen in der Energiewirtschaft deutlich länger sind als in anderen Industriezweigen, stellen verlässliche, klar de-

finierte und EU-weit abgestimmte Rahmenbedingungen die zwingende Voraussetzung für eine sichere, wirtschaftliche und klimafreundliche Energieversorgung dar. Für die bevorstehende Legislaturperiode von 2009-2014 wird somit der Kontinuität in der Energiepolitik eine gewichtige Rolle zukommen. Den jetzt verabschiedeten Richtlinien, Verordnungen und sonstigen Maßnahmen muss ausreichend Zeit gegeben werden, damit diese greifen und ihre volle Wirkung entfalten können. Neue Regelungen sollten sich neben den Aspekten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz entsprechend an existierendem Recht orientieren sowie Wechselwirkungen berücksichtigen.

Nichts desto trotz gilt es in der kommenden Legislaturperiode einige Punkte zu überprüfen und zu behandeln:

BREITER ENERGIEMIX UND DIVERSIFIKATION UNVERZICHTBAR:

Ein breiter Energiemix sowie eine Diversifizierung der Energiebezüge sind für eine sichere Versorgung unverzichtbar. Es ist wichtig, auch in Zukunft alle Energieträger - Kohle, Gas, Öl, Kernenergie, Wasserkraft, Solar- und Windenergie, Geothermie und Biomasse - ideologiefrei einzusetzen und damit die Vorteile jedes einzelnen Energieträgers zu nutzen. Vor diesem Hintergrund und dem Klimaschutz sollten alle europäischen Mitgliedsstaaten, ähnlich wie zuletzt Schweden, die Nutzung von Kernenergie ernsthaft in Betracht ziehen. Die Umsetzung nationaler Ausstiegsbeschlüsse würde nicht nur die Ziele des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit gefährden, sondern aufgrund der Verknappung des Angebots kostengünstiger Grundlastmengen zum Ansteigen der Strompreise beitragen. Insbesondere in Bayern spielt die Kernenergie eine entscheidende Rolle und trägt zu mehr als 60% zur Stromerzeugung bei, was sich wegen der geographischen Gegebenheiten nicht ohne weiteres und zu vertretbaren Preisen durch den Zubau von fossilen Kraftwerken kompensieren lässt. Gleichzeitig sollten die politischen und unternehmerischen Kontakte zu neuen Lieferregionen aufgebaut bzw. intensiviert werden, um Europa im globalen Wettbewerb um Energieressourcen eine optimale Ausgangssituation zu verschaffen.

SCHAFFUNG VON FAIREN VORAUSSETZUNGEN BEIM EU-EMISSIONSHANDEL:

Die gefundene Einigung zur 3. Handelsperiode dürfte wegen einer ab 2013 beginnenden Vollversteigerung der CO₂-Zertifikate für die Energiewirtschaft und Ausnahmeregelungen

für die osteuropäischen Mitgliedsstaaten zu erheblichen negativen Auswirkungen für Deutschland und insbesondere Bayern führen. Denn die jetzigen Regelungen werden dringend erforderliche Ersatzinvestitionen in Kraftwerke in Deutschland verhindern und zu einer Verlagerung der Stromerzeugung nach Osteuropa führen. Aufgrund fehlender Verbindungsleitungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten wird dies ebenfalls zu Stromverknappungen und daraus resultierenden Preissteigerungen insbesondere in Deutschland führen. Des Weiteren kommt hinzu, dass die europäische Wirtschaft im Vergleich zu anderen Märkten wie bspw. in Nordamerika und Asien benachteiligt wird und Industrieabwanderungen nicht auszuschließen sind. Um Fehlallokationen von Beginn an zu vermeiden und faire Voraussetzungen zu schaffen, sollten entweder die Ausnahmeregelungen für Osteuropa vom Tisch oder die westeuropäischen Energieversorger bspw. durch freie Zertifikate für Neuanlagen gleich gestellt werden.

GASBEVORRATUNG MUSS WEITER PRIVATWIRTSCHAFTLICH ORGANISIERT SEIN:

Die Gaskrise zum Jahreswechsel hat einmal mehr deutlich gemacht wie gut Deutschland mit seinem breiten Energiemix aufgestellt ist und etablierte Gasinfrastrukturen greifen. In Deutschland konnten privat geführte Energieunternehmen mit ihren Gasspeichern nicht nur deutsche Kunden sicher und zuverlässig während der Krise versorgen, sondern unter anderem auch Kunden in der Slowakei, Ungarn und Rumänien beliefern. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch einen staatlich verordneten EU-weiten Solidaritätsmechanismus einzurichten, der dirigistisch in die Geschäftsaktivitäten der Unternehmen eingreift und zu beträchtlichen Zusatzkosten für Konsumenten und Unternehmen führt. Besser wäre eine ausgewogene Harmonisierung unter Berücksichtigung nationaler Bedingungen und Strukturen (Geographie, Geologie und Gasnutzung). Gleichzeitig sollte allen Mitgliedsstaaten klar vor Augen geführt werden, dass die Krisenvorsorge vor allem die Wahrnehmung nationaler Eigenverantwortung erfordert und grenzüberschreitende Ausgleichslieferungen nur erfolgen können, sofern alle anderen Maßnahmen im Vorfeld getroffen wurden und diese auch ausgeschöpft sind.

ORDNUNGSRECHTLICHE MASSNAHMEN ZUR BESCHLEUNIGUNG VON INFRASTRUKTURPROJEKTEN:

Sowohl bei den dringend notwendigen Investitionen in neue Kraftwerke wie in neue Stromleitungen haben die Unternehmen europaweit >>

>> mit langwierigen Genehmigungsverfahren und lokalen Widerständen in der Bevölkerung zu rechnen. Diese Verzögerungen können mittelfristig zu einer Versorgungslücke führen. Es wäre von Vorteil, wenn man mit ordnungspolitischen Maßnahmen Beschleunigungen herbeiführen könnte. Es könnte bspw. über die Einführung von verbindlichen europaweiten Bedarfsplänen für Leitungsvorhaben und Kraftwerksneubauten die energiewirtschaftliche Notwendigkeit frühzeitig festgelegt und somit Verfahrensschritte bei Raumordnung und Genehmigung gekürzt werden.

HARMONISIERUNG DER FÖRDESYSTEME FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN:

Bislang existieren auf europäischer Ebene unterschiedlichste Fördersysteme zur Markteinführung erneuerbarer Energien. Da jedes einzelne Mitgliedsland seine eigene Förderpolitik betreibt, führt dies zwangsläufig zu einer suboptimalen Verteilung, die geographische Aspekte vollkommen außer acht lässt. Über eine Harmonisierung der Systeme und einen grenzüberschreitenden Handel mit Erneuerbaren-Zertifikaten könnte dieses Problem behoben und damit massiv Geld eingespart werden - Solarenergie würde künftig schwerpunktmäßig in Südeuropa genutzt werden, wohingegen Windkraft vornehmlich an den Küsten und Offshore zum Einsatz kommen würde. Mittel- bis langfristig sollte zudem über eine Verknüpfung des Europäischen Emissionshandels mit den EE-Fördersystemen nachgedacht werden, um Wechselwirkungen und Doppel-förderungen zu vermeiden.

PROF. RAINER FRANK ELSÄSSER

Vorsitzender des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik

Terminvorschau

Burghausen 16. April	Bezirk Inn/ Salzach	München 13. Mai	Junge Unternehmer
München 21. April	Bezirk München	Nürnberg 18. Mai	Bezirk Mittelfranken
Berlin 22.-23. April	Junge Unternehmer	Schliersee 27. Mai	Ausschuss für Tourismus
Nürnberg 27. April	Bezirk Mittelfranken	Regensburg 15. Juni	Bezirk Regensburg
München 28. April	Ausschuss für Steuer- und Finanzpolitik	Frauenchiemsee 19. Juni	Bezirk Berchtesgadener Land / Traunstein
Waging 28. April verschoben auf den 12. Mai	Bezirk Berchtesgadener Land / Traunstein	Nürnberg 22. Juni	Bezirk Mittelfranken
München 29. April	Ausschuss für Außenwirtschaft	München 23. Juni	Ausschuss für Medienpolitik
München 30. April	Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik	München 2. Juli	Ausschuss für Umwelt
Waging 12. Mai	Bezirk Berchtesgadener Land / Traunstein	München 6. Juli	Ausschuss für Medienpolitik
		München 16. Juli	Bayerischer Wirtschaftstag

Impressum

HERAUSGEBER: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089 2422860, Fax: 089 291518, Internet: www.wbu.de

PRODUKTION/ANZEIGEN: WWM Wirtschaft+Wissenschaft Medien GmbH i.G., Enderstr. 59, 01277 Dresden, Tel. 0351 86269970, Fax: 0351 86269971, Internet: www.wwmmedien.de

**DEUTSCHLAND,
EINIG VATERLAND.
60 JAHRE**

Eine Zeitreise deutscher
Geschichte von 1949 - 2009

Unser Buch des
Jahres 2009
60 Jahre Deutschland
in Wort und Bild

In diesem faszinierenden Werk entdecken Sie über 300 einzigartige Bilder, einen kurzen Abriss über die Themen der Zeit sowie authentische Beiträge namhafter Persönlichkeiten aus Kultur, Gesellschaft, Sport, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. **Dieses Buch eröffnet dem Leser und Betrachter eine emotionale, sachliche Rückschau auf 60 Jahre, egal ob Ost oder West, Nord oder Süd. Jetzt zum Vorverkaufspreis!***

**Vorverkaufspreis*
€ 23,95 [inkl. MwSt.]**

WELTBUCH VERLAG · T: 0351-4794244 · F: 4794245 · weltbuch@mac.com
* Vorverkaufspreise (bei Bestellung vor Erscheinung), ab dem Tag der Erscheinung gilt dann der gebundene Ladenpreis von € 29,90

Die Mitglieder-Info des WBU:

- » monatlich über 3.000 Kontakte
- » 100 % Zielgruppenansprache
- » direkte und personalisierte Zustellung der Mitglieder-Info
- » kontinuierlich und informativ

...und wann
buchen Sie
Ihre Anzeige?

Qualität in Stahl

weber service gmbh

Preußenstraße 6
80809 München
Telefon 089 357482-0
Telefax 089 357482-19
www.weber-service-gmbh.de

Unsere Leistungen:

- » Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand
- » Ausführung von Schlosserarbeiten
- » Reparaturservice im Metallbereich

Unsere Kunden (Auszug):

- » BMW » Meiller » Kellerer
- » Tenovis » Bosch u. v. m.